

„Tennet hat ein Chaos angerichtet“

SPD-Kommunalpolitiker kritisieren Netzbetreiber

VON BERND HAASE

Der Netzbetreiber Tennet hat nach Ansicht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in der Region Hannover bei der Planung der Stromtrasse Südlink methodische und fachliche Fehler begangen und mit seiner Informationspolitik ein Chaos angerichtet. „Damit wird zunehmend die Glaubwürdigkeit der Energiewende insgesamt gefährdet“, heißt es in einem Positionspapier. Der SGK gehören unter anderem Spitzenbeamte aus den Kommunen sowie Landtags- und Regionsabgeordnete an. Stellvertretender Vorsitzender ist der Planungsdezernent der Region, Axel Prieb, der in dieser Funktion auch hauptberuflich direkt mit den Planungen für den Südlink beschäftigt ist.

Mit der in ihrem gesamten, rund 600 Kilometer langen Verlauf umstrittenen Leitung soll Windstrom von den Küsten in den Süden Deutschlands transportiert werden. Bei den Planungen für das auf einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzte Projekt hatte Tennet als Betreiber und Bauherr zunächst einen Vorzugskorridor präsentiert, der die Region in Burgwedel erreicht und dann unmittelbar östlich des hannoverschen Stadtgebietes parallel zur Autobahn Richtung Laatzen und Pattensen verläuft. Nach einer Bürgerbeteiligung brachte Tennet überraschend mehrere Alternativvarianten ins Spiel. Von denen betreffen einige auch westlich von Hannover gelegene Städte und Gemeinden.

„Erstaunlicherweise sind die neuen Pläne entstanden, ohne dass die für Bauleitplanung, Denkmal- und Naturschutz verantwortlichen Kommunen einbezogen wurden oder die Räte eine Stellungnahme abgeben konnten. Dies ist der interessierten und besorgten Öffentlichkeit nicht zu vermitteln“, kritisiert die SGK. Misslich sei das auch vor dem Hintergrund, dass Politiker und Verwaltungsbeamte vor Ort in der Regel erste Ansprechpartner der Bürger seien, aber nicht über ausreichenden Kenntnisstand verfügten.

Die SGK fordert eine transparente und nachvollziehbare Planung sowie die Möglichkeit zur Erdverkabelung für die Stromleitung. Solange dies nicht der Fall sei, könne man den Südlink als zentrales Projekt der Energiewende nicht unterstützen. Nach bisherigen Planungen soll die Stromtrasse von 2018 an gebaut werden und vier Jahre später fertig sein. Zu diesem Zeitpunkt steht kein Atomstrom aus Deutschland mehr zur Verfügung.